

An
Jan Kürschner
Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Kiel, 10. September 2025

Stellungnahme der ehrenamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

zum Gesetzentwurf von FDP (Drucksache 20/3467) und dem Änderungsantrag der Fraktionen
von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 20/3499)

Die Förderung des bürgerlichen, politischen Engagements und die Digitalisierung der Kommunalverwaltung müssen - auch im Sinne der Vereinbarkeit mit Familie und Beruf - in der Kommunalpolitik Hand in Hand gehen.

Dafür halten wir die Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen für unabdingbar.

Angesichts der Tatsache, dass in den ländlichen Bereichen insbesondere die ehrenamtliche Beteiligung an politischer Gremienarbeit auf erhebliche strukturelle Erschwernisse stößt, halten wir eine Erleichterung der Zugänge zu Gremiensitzungen durch Ton-Bild-Übertragung für absolut notwendig.

Auch wenn wir uns der finanziellen Belastungen der Kommunen bewusst sind, sind wir der Auffassung, dass durch eine Kann-Bestimmung in der Hauptsatzung die erforderliche Zukunftsorientierung in Richtung einer modernen Kommunalarbeit, die alle Bürgerinnen und Bürger beteiligt und zur aktiven Mitarbeit motiviert, durch den formulierten Ermessensspielraum einer Kann-Bestimmung weitgehend verhindert wird. Dieses zeigt die Erfahrung mit der vergleichbaren Bestimmung in Bezug auf die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten.

Um eine Umsetzung verpflichtend durchzusetzen, ist zumindest eine Soll-Bestimmung in der Hauptsatzung der Kommunen erforderlich.

Uns ist bewusst, dass die gesicherte Finanzierung der erforderlichen umfangreichen Aufwendungen in Hard- und Software eine wesentliche Voraussetzung für die Kommunalverwaltungen ist.

Deshalb ist unsere Forderung, eine rechtssichere, einheitliche Software-Lösung und vor allem ein gesichertes Finanzierungsangebot auf den Weg zu bringen, um die politische Kommunalarbeit zukunftsfähig zu machen.

Die Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten:

Gudrun Wrobel
Merle Kruck
Diana Gehling-Schmidt
Brigitte Lehnert

Anschrift:

Kontakt- und Koordinierungsstelle
für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
c/o LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e.V.
Auguste-Viktoria-Straße 16 · 24103 Kiel
Tel: 0431 53029360 · kuk@landesfrauenrat-s-h.de

Sprecherinnen:

Gudrun Wrobel (1. Sprecherin)
g.wrobel@amt-suederbrarup.de

Diana Gehling-Schmidt
d.gehling-schmidt@bargteheide-land.de

Merle Kruck (Amt Bornhöved)
merle.kruck@freenet.de

Brigitte Lehnert
gleichstellungsbeauftragte@amt-geltingerbucht.de